



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 13. April 2005 (StB 358)

B+A 11/2005

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat
mit Änderungen beschlossen am
30. Juni 2005
(Definitiver Beschluss des Grossen Stadt-
rates im Anhang 4 am Schluss dieses
Dokuments)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
II. Verlängerung der Erledigungsfrist	8
III. Antrag des Stadtrates	12
Anhang 1	14
<p>In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.</p>	
Anhang 2	16
<p>Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.</p>	
Anhang 3	18
<p>Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.</p>	

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 320 (1991–1995), Karl Tischer, vom 31. Januar 2002¹:
Projektierung Hallenbad auf dem Terrain des Tribschenbades oder unmittelbar anschliessend als Ersatz des Hallenbades Bireggstrasse

Am 16. Mai 2004 wurde der Projektierungskredit für ein Hallenbad im Tribschenareal abgelehnt.

2. Postulat 125 (1996–2000), Markus Boyer und Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion und Guido Durrer und Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 21. November 2002:
Revision der Luzerner Stadtplanung

Im B+A 45/2004 vom 22. Dezember 2004, Rahmenkredit Stadtplanung, wurde aufgezeigt, wie die BZO-Revision eingeleitet werden soll, der Terminplan aussieht und mit dem Projekt Stadtentwicklung abgestimmt ist. Ein Kredit für die 1. Phase wurde vom Parlament im Februar 2005 beschlossen.

3. Postulat 186 (1996–2000), Thomas Gmür und Hildegard Bitzi namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 21. November 2002:
Poststellennetz Stadt Luzern

Der Stadtrat hat der Schweizerischen Post zwei ausführliche Stellungnahmen zum Postnetz auf Stadtgebiet übermittelt. Die Post hat die Anliegen der Stadt weitgehend berücksichtigt.

¹ Massgebend ist das Datum der Behandlung des Vorstosses im Grossen Stadtrat, nicht das Eingangsdatum.

4. Postulat 065 (2000–2004), Daniel Burri namens der FDP-Fraktion, vom 21. November 2002:
Über die Erstellung eines Planungsberichtes über die Stadtentwicklung Luzern

Unter Berücksichtigung verschiedener Berichte und Arbeitsgrundlagen (Sozialbericht, Liegenschaftenbericht, Entwurf zum Agglomerationsbericht, Integrationsbericht usw.) hat der Stadtrat in der Gesamtplanung 2005–2008 seine Strategie zur Stadtentwicklung formuliert. Sie hat einen Planungshorizont von 10–15 Jahren. Die Umsetzung der Strategie in der Verwaltung ist im Gange. Mit dem Rahmenkredit Stadtplanung B+A 45/2004 wurde das Vorgehen bezüglich BZO-Revision skizziert. Das Grundanliegen des Vorstosses ist erfüllt.

5. Postulat 082 (2000–2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. März 2002:
Gegenmassnahmen zum Verlust von Standortattraktivität infolge Fluglärmbelastung

In seiner Stellungnahme zum Postulat 82 hat der Stadtrat ein Informationsbedürfnis der Bevölkerung zu den in der Interpellation 83 gestellten Fragen (Mindestflughöhen, Bewilligungspraxis für Tiefflüge usw.) anerkannt und in Aussicht gestellt, im Brennpunkt und via Internet zu informieren. Der Vorstoss und die stadträtliche Stellungnahme erfolgten unter dem Eindruck der Neufestlegung des An- und Abflugverfahrens beim Flughafen Zürich und der Öffnung des Südens für den Flugverkehr. Es kann heute damit gerechnet werden, dass Luzern nicht mit neuem Fluglärm vom Flughafen Zürich belastet wird. Der Vorstoss und die stadträtliche Stellungnahme haben heute keine Aktualität mehr.

6. Postulat 094 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion und Felicitas Zopfi-Gassner namens der SP-Fraktion, vom 21. März 2002:
Angemessene Entlastungslektionen für Schulhausleitungen

Auf Beginn des Schuljahres 2005/06 wird die neue Führungsstruktur Volksschule umgesetzt. In diesem Zusammenhang werden die Schul(haus)leitungen mehr Aufgaben und Kompetenzen erhalten. Um diese Aufgaben in Zukunft erfüllen zu können, erhalten sie ab diesem Zeitpunkt ein von der Grösse des zu leitenden Schulhauses abhängiges Führungspensum mit entsprechender Entlastung vom Unterricht.

7. Postulat 109 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion, vom 31. Januar 2002:
Mehr Kindergartenplätze und erweiterte Blockzeiten

Die gestaffelte Senkung des Einschulungsalters wird mit dem Schuljahr 2004/2005 abgeschlossen. Dies hat zur Folge, dass nun vermehrt Kinder des zweiten vorschulpflichtigen Jahrgangs in die Kindergärten aufgenommen werden können. Mit der vom Kanton vorgesehenen Einführung der Basisstufe wird der „zweijährige Kindergartenbesuch“ für die Mehrheit der Kinder die Regel sein. Mit Blick auf die Blockzeiten ist festzuhalten, dass auf das Schuljahr 2006/2007 mit der neuen Wochenstundentafel 2006 im Kanton Luzern um-

fassende Blockzeiten eingeführt werden müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Regelung mit 3 Vormittagen Blockzeiten für Kindergarten und 1.–3. Klasse bzw. 5 Vormittagen Blockzeiten für 4.–6. Klasse beibehalten.

8. Postulat 112 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 28. Februar 2002:
Für ein unterirdisches Parkhaus am Kasernenplatz

Beim Wettbewerb für die Universität hat sich gezeigt, dass das Parkhaus am Kasernenplatz um 100 Plätze ergänzt werden kann und ein neues unterirdisches Parkhaus nicht nötig wäre. Obwohl für die Universität ein neuer Standort gefunden wurde, hat die Parkhaus Zentrum AG die Aufstockung des Parkhauses und damit Erweiterung um zirka 100 Plätze beschlossen, parallel zur vorerst versuchsweisen Aufhebung der Parkplätze auf dem Mühlenplatz.

9. Postulat 114 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 28. Februar 2002:
Für den Erhalt der Busparkplätze am Kasernenplatz

Nach dem Entscheid des Regierungsrates für den Universitätsstandort Postbetriebsgebäude ist das Anliegen hinfällig.

10. Postulat 120, (2000–2004), Peter Henauer namens der SP-Fraktion und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:
Die Erreichbarkeit der neuen Uni am Kasernenplatz für FussgängerInnen und VelofahrerInnen gewährleisten und optimal gestalten

Nach dem Entscheid des Regierungsrates für den Universitätsstandort Postbetriebsgebäude ist das Anliegen hinfällig.

11. Postulat 126 (2000–2004), Markus Boyer und Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion und Guido Durrer und Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 21. November 2002:
Einsatz einer Expertenkommission zur Revision der Luzerner Stadtplanung

Der Stadtrat ist der Meinung, dass bei der BZO-Revision eine verwaltungsunabhängige Sicht unumgänglich ist. Ob dafür eine Expertenkommission eingesetzt oder andere Formen gewählt werden sollen, muss noch geklärt werden. Das Vorgehen ist im B+A 45/2004 vom 22. Dezember 2004, Rahmenkredit Stadtplanung, und in StB 161/2004 vom 4. Februar 2004 umfassend dargestellt.

12. Postulat 179 (2000–2004), Beat Züsli, Marcel Lingg, Guido Durrer, Peter Muheim und Markus Mächler, vom 28. Februar 2002:

Neue Verkehrsführung am Kasernenplatz im Rahmen des Universitäts-Architekturwettbewerbes prüfen

Der Wettbewerb für die Universität Kasernenplatz hat gezeigt, mit welchen Verkehrsführungen die Universität hier hätte realisiert werden können. Das entsprechende Strassenprojekt liegt bis Stufe Vorprojekt vor, mit Nachweis der Leistungsfähigkeit und der Umweltverträglichkeit. Mit dem regierungsrätlichen Entscheid für den neuen Standort Postgebäude ist die Realisierung einer neuen Verkehrsführung jedoch bis auf weiteres hinfällig.

13. Postulat 180 (2000–2004), Markus Boyer namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 21. November 2002:

Baustellen-Koordination (Konzept der Stadt Bern)

Die Koordinationsarbeiten wurden intensiviert. Dank EDV-gestützten Leitungsdaten und neuer Software können die Ergebnisse grafisch aufgearbeitet werden. Stadtintern (Intranet) und im Internet können die Ergebnisse der Koordinationssitzungen textlich veröffentlicht werden.

14. Postulat 268 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel, Daniel Burri und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 18. Dezember 2003:

Quartierentwicklung und Verkehrsplanung im Wesemlin-Dreilinden-Quartier

Der revidierte Bebauungsplan B 138 Wesemlin/Dreilinden wurde vom Regierungsrat am 28. Januar 2005 genehmigt. Der Gestaltungsplan G 312 Unterlöchli wird im Frühjahr öffentlich aufgelegt. Massnahmen zur Lärmsituation an der Dreilindenstrasse und Hünenbergstrasse wurden getroffen bzw. sind in Prüfung.

15. Postulat 324 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

Für eine öffentliche Nutzung des Daches der Universität Luzern

Mit dem Verzicht auf den Universitätsstandort Kasernenplatz und das dort vorgesehene Projekt wird das Anliegen hinfällig.

16. Postulat 334 (2000–2004), Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion, vom 6. Mai 2004:

Beleuchtung des Wasserturms

Der Stadtrat hat beschlossen, die Beleuchtung der Innenstadt grundsätzlich zu überprüfen (statt einzelne Objekte für sich zu beurteilen). Zu diesem Zweck hat er eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche innert Jahresfrist Leitlinien für die Beleuchtung in der Innenstadt erarbeiten soll. Für den Mühlenplatz soll eine neue Beleuchtung bereits im Mai 2005 umgesetzt werden.

17. Postulat 345 (2000–2004), Rita Meyer-Facius namens der GB-Fraktion, Gaby Schmidt namens der SP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli, vom 30. September 2004:
Für die Förderung einer regionalen Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen

Mit Stadtratsbeschluss 1174 wurde am 27. Oktober 2004 an das Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern sowie an weitere kantonale Gremien ein Schreiben erlassen. Es wurde mitgeteilt, dass es sich bei Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen um sinnvolle Einrichtungen handelt und dass der Aufbau einer einzigen Kontaktstelle für die gesamte Zentralschweiz oder allenfalls eine Lösung für den Kanton Luzern als wichtig erachtet wird. Am 15. Februar 2005 fand eine erste Besprechung im Vorstand des Beitragsfonds für fördernde Sozialhilfe (BFFS) statt. Konkrete Entscheidungen werden später gefällt.

18. Postulat 347 (2000–2004), Sara Rasic und Fabian Demuth namens des Kinderparlaments, vom 3. Juni 2004:
Pausenplatz Hubelmatt

Die erste Etappe wurde im Jahr 2004, die zweite Etappe wird im Jahr 2005 ausgeführt (Budget).

19. Postulat 362 (2000–2004), Markus Boyer und Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 1. April 2004:
EPA-Passage als attraktives Bindeglied zwischen Mühlenplatz und Löwengraben

Im Zusammenhang mit dem Umbau Coop-City konnte eine öffentliche Passage nicht realisiert werden. Während der Geschäftszeiten wird wie bisher die Fussgängerverbindung durch das Ladengeschoss sichergestellt.

20. Postulat 379 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Sommer in Luzern

Das Postulat fordert den Stadtrat auf, grosszügig mit Bewilligungen für temporäre Boulevard-Restaurants auf öffentlichen Parkplätzen umzugehen. Als Beispiel für eine solche grosszügigere Bewilligungspraxis ist der Mühlenplatz erwähnt. Der Stadtrat hat mit Entscheidung vom 26. Januar 2005 das Konzept für den Versuchsbetrieb Sommerleben Mühlenplatz bewilligt und die Umsetzung in Auftrag gegeben. Dabei werden die Parkplätze während der Sommermonate zu Gunsten von Gastrobetrieben aufgehoben. Das Anliegen des Postulats ist erfüllt.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2b Geschäftsreglement).

1. Motion 142 (1996–2000), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben

Der Schlussbericht der Begleitgruppe zur Testplanung Pilatusplatz liegt in der Fassung vom Dezember 2004 vor. Nach der Meinungsbildung im Stadtrat werden die weiteren Planungsschritte (öffentliche Orientierung, Änderung des Bebauungsplanes) durchgeführt.

2. Postulat 260 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 21. Oktober 1999:

Eine neue Fussgängerzone Mühlenplatz

Der Stadtrat hat mit StB 772 vom 30. Juni 2004 beschlossen, die Parkplätze am Mühlenplatz ab Mai 2005 versuchsweise aufzuheben. Zugleich ist ein Nutzungskonzept in Vorbereitung, welches erstmals im Sommer 2005 dem Mühlenplatz eine neue Funktion geben wird. Eine definitive Aufhebung wird im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Parkhauses Zentrum möglich.

3. Motion 298 (1996–2000), Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 13. Juni 2002:

Für einen Bericht betreffend städtischer Liegenschaftspolitik

Der Liegenschaftenbericht wurde erstellt. In der Folge hat das Parlament den B+A zurückgewiesen. Dadurch ist das Anliegen pendent.

4. Postulat 305 (1996–2000), Peter Muheim, Peter Henauer, Louis Baume und Emerentia Bucher-Schaad, vom 16. September 1999:

Mehr Verkehrssicherheit an der Bireggstrasse

Wie bereits in der Stellungnahme zum Postulat und in den Berichten und Anträgen 21/2002 vom 1. Mai 2002, 8/2003 vom 2. April 2003 sowie 12/2004 vom 7. April 2004, Beschreibung von Motionen und Postulaten, dargelegt wurde, ist der Einbezug der Bireggstrasse in eine Tempo-30-Zone aufgrund der geltenden Rechtslage und der neuen Richtlinien des Bundes nach wie vor nicht möglich. Ob allenfalls Tempo 30 als Massnahme gegen übermässigen Strassenlärm zweckmässig ist, wird im Strassensanierungsprogramm (SSP) für Gemeindestrassen geprüft. Das SSP ist für die Bireggstrasse frühestens 2005 vorgesehen.

5. Postulat 330 (1996–2000), Peter Muheim und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 26. Oktober 2000:

Schluss mit dem Velochaos

In den Berichten und Anträgen 8/2003 vom 3. April 2003 und 12/2004 vom 7. April 2004, Abschreibung von Motionen und Postulaten, wurde darauf hingewiesen, dass die Veloparkierung im Teilrichtplan Parkierung behandelt wird. Aufgrund des Beratungsergebnisses der Verkehrskommission verzichtete der Stadtrat in der Folge auf einen Teilrichtplan. Er wird hingegen Leitlinien zur Parkierung beschliessen und dem Grossen Stadtrat dazu einen Planungsbericht vorlegen.

6. Motion 384 (1996–2000), Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion, vom 7. Juni 2001:
Für eine Fussgängerzone Bahnhofquai

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation wird vorerst auf eine Umgestaltung der Bahnhofstrasse verzichtet. Hingegen soll noch in diesem Jahr die Begegnungszone eingeführt werden, womit das Anliegen grundsätzlich erfüllt ist. Die wenigen baulichen Massnahmen, die dafür nötig sind, werden so konzipiert, dass eine spätere Umgestaltung nicht präjudiziert ist.

7. Postulat 385 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 25. Januar 2001:
Ein neues City-Logistik-Konzept für die Altstadt

Die in Aussicht gestellte Diskussion der Frage des Güterumschlages am „runden Tisch“ hat noch nicht stattgefunden. Die in der Schweiz funktionierenden City-Logistik-Systeme (z. B. Thun) sind von der Wirtschaft initialisiert worden. In Luzern sind keine solche Bemühungen seitens der Wirtschaft bekannt geworden. Offensichtlich genügt die zeitlich beschränkte Zufahrtsmöglichkeit, ohne die Anwohner erheblich zu stören.

8. Motion 011 (2000–2004), Andreas Moser und Guido Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 8. Februar 2001:

Gesamtbericht Liegenschaften Neue Stadt Luzern

Der Liegenschaftenbericht wurde erstellt. In der Folge hat das Parlament den B+A zurückgewiesen. Dadurch ist das Anliegen pendent.

9. Postulat 102 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 1: Erweiterung Definition Innenstadt

Erst aufgrund der Arbeiten zum ESP Bahnhof bzw. zur Entwicklungsplanung Bahnhof-Steghof-Warteggrippe wird es möglich sein, über die Definition des Quartiers zu entscheiden.

10. Postulat 103 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 2: Anpassung Parkplatzreglement

In der angelaufenen Planung ESP Bahnhof bzw. Entwicklungsplanung Bahnhof-Steghof-Warteggrippe werden die geeigneten verkehrslenkenden bzw. -beschränkenden Massnahmen geprüft. Dabei wird es sich zeigen, ob das Parkplatzreglement angepasst werden soll.

11. Postulat 104 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:

Das Tribschengebiet wird zur Innenstadt 3: Aufwertung der Strassenräume

Die Entwicklungsplanung Bahnhof-Steghof-Warteggrippe und die Planung der Süderschliessung werden zeigen, ob und wo aus verkehrlichen Überlegungen Tempo 30 angezeigt ist, wo weitere gestalterische Aufwertungen möglich sind und wo spezielle Langsamverkehrsmassnahmen sinnvoll sind.

12. Postulat 150 (2000–2004), Peter Muheim und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:

Aufwertung Hirschmatt

Die Planungsarbeiten für eine Aufwertung des Hirschmattquartiers, insbesondere der Hirschmattstrasse, sind ausgelöst und werden bei der geplanten Sanierung von Kanalisation und Werkleitungen berücksichtigt. Der Bericht und Antrag zur Hirschmattstrasse wird dem Grosse Stadtrat in der zweiten Hälfte 2005 unterbreitet.

13. Motion 154 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 5. Dezember 2002:

Evaluation der mit Globalbudget geführten Abteilungen im Jahre 2004

Die Finanzverwaltung wird in diesem Jahr einen Workshop mit den betroffenen Mitgliedern des Parlaments organisieren mit dem Ziel, die parlamentarischen Instrumente, Abläufe und Steuerungsmöglichkeiten zu evaluieren.

14. Motion 170 (2000–2004), Guido Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 28. Februar 2002:

Für die Erarbeitung eines Sportförderungskonzepts für die Stadt Luzern

Die Ablehnung des Hallenbadneubaus an der Urne und die Koordination des Sportplanungsberichtes mit den Aussagen zur Allmendplanung führten zu Verzögerungen. Die entsprechenden Vorlagen werden dem Grosse Stadtrat im Verlaufe des Jahres 2005 unterbreitet. Die Abschreibung dieser Motion wird mit dem B+A Sportplanungsbericht beantragt.

15. Postulat 177 (2000–2004), Louis L. Schumacher, Rita Misteli, Claudia Portmann-de Simoni und Guido Durrer, vom 5. Dezember 2002:

Das Luzerner Messewesen und seine Verkehrszukunft

In der Gesamtplanung Allmend sind Messewesen, Parkplatzorganisation und Erschliessung ein wichtiges Thema.

16. Motion 206, Markus T. Schmid, Markus Boyer, Cony Grünenfelder, Rolf Krummenacher und Christoph Portmann namens der Spezialkommission Liegenschaftspolitik vom 13. Juni 2002:

Bericht zur Liegenschaftspolitik der Stadt Luzern Teil 2

Der Liegenschaftsbericht wurde erstellt. In der Folge hat das Parlament den B+A zurückgewiesen. Dadurch ist das Anliegen pendent.

17. Motion 225 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 5. Dezember 2002:

Für einen Planungsbericht zur Fusion der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau

Im Frühling 2005 wird den Parlamenten in Littau und Luzern ein von den Exekutiven gemeinsam erarbeiteter Zwischenbericht zugestellt, der über das weitere Vorgehen im Fusionsprojekt Littau-Luzern informiert. Die im Zwischenbericht enthaltene Planung sieht vor, die Motion Anfang 2007 zu erledigen.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I. Ziffern 1–20 als erledigt abzuschreiben. Gleichzeitig beantragt er Ihnen aufgrund der Änderung des Geschäftsreglements erstmals die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter II. Ziffern 1–17 um ein Jahr zu verlängern.

Luzern, 13. April 2005

Urs W. Studer
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11 vom 13. April 2005 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und Postulate gemäss I. Ziffern 1–20 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II. Ziffern 1–17 wird um 1 Jahr verlängert.

Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2005 abläuft.

1. Postulat 172 (2000–2004), Agatha Fausch Wespe namens der GB-Fraktion, vom 20. März 2003:

Schaffung eines niederschwellig erreichbaren Elternnotrufs

Auf den 1. September 2004 wurde die neue Dienstabteilung Kinder Jugend Familie in der Sozialdirektion geschaffen. Im Bereich der niederschweligen Beratung wurde in diesem Zusammenhang auf den 1. Januar 2005 die freiwillige spezialisierte Sozialberatung im Kontext von Kinderschutzmassnahmen installiert. Im Jahr 2005 wurde ein familienpolitisches Leitbild erarbeitet, eine systematisierte Bestandesaufnahme sämtlicher Angebote im Praxisfeld des Bereichs Kinder Jugend Familie vorgenommen sowie der Bereich der Horte und Krippen überprüft. Mit der Schaffung der neuen Abteilung ist ein Kompetenzzentrum entstanden, welches obgenannte Themenfelder angeht und um Verbesserungen gerade hinsichtlich Vernetzung und Koordination bemüht ist. Ein Elternnotruf im gewünschten Sinne ist noch nicht umgesetzt. Der Stadtrat ist weiterhin der Meinung, dass die Lösung auf kantonaler oder interkantonaler Ebene bestehen müsste. Die Thematik wird von der Sozialdirektion weiterverfolgt, und der Kanton wird gebeten, im Zusammenhang mit der Erarbeitung seines familienpolitischen Leitbildes die Thematik aufzunehmen. Der Sozialdirektor wird sie auch in die Sozialdirektoren/innenkonferenz einfliessen lassen.

2. Postulat 200 (2000–2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 30. Januar 2003:

Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse

Gemäss B+A 45/2005 vom 22. Dezember 2004, Rahmenkredit Stadtplanung, wird die Entwicklungsplanung Bahnhof-Tribschen-Steghof noch im Jahre 2005 eingeleitet (Analyse-Teil).

3. Postulat 210 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Januar 2003:

Gleisüberdeckung

Während die Planung für die Ergänzung der Bahnhofzufahrt wie alle übrigen Projekte der Bahn 2000. 2. Etappe bis mindestens 2007 sistiert wurde, steht die Vorlage des Gesamtberichts zur Lärmsanierung SBB im Bereich Luzern kurz bevor. Bei Vorliegen dieses Berichtes kann das Anliegen der Gleisüberdeckung geprüft werden.

4. Postulat 231 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 20. März 2003:

Dammdurchbruch im Untergrundquartier

Die zusammen mit den SBB geprüften Möglichkeiten von Dammdurchstichen werden weiter bearbeitet im Hinblick auf eine Realisierung ab 2008, unabhängig vom geplanten Ausbau der Bahnhofzufahrt.

5. Postulat 290 (2000–2004), Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 23. Oktober 2003:
Die Zukunft der Boa-Liegenschaft

Mit der Vorlage des B+A 27/2004 vom 14. Juli 2004 für die Projektierung eines Kulturwerkplatzes Luzern-Süd auf dem Areal des ehemaligen Schlachthofes an der Arsenalstrasse zeigte der Stadtrat auf, wie er das weitere Vorgehen in diesem Bereich sieht: Die Boa am Geissensteinring soll geschlossen werden; an ihrer Stelle soll auf Luzern-Süd ein neues alternatives Kulturzentrum entstehen, das zudem auch Räume für die freie Theaterszene umfasst. Der Grosse Stadtrat hat der Projektierung im Herbst 2004 zugestimmt. Der Kreditantrag ist für 2005 geplant.

6. Postulat 311 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 23. Oktober 2003:
Umfassende und aktive Information zum Universitäts-Neubau am Kasernenplatz

Solange die Volksabstimmung über die Universitäts-Vorlage noch nicht durchgeführt ist, kann dieses Postulat nicht als erfüllt abgeschrieben werden. Die geforderte umfassende Information bezieht sich auch auf den Bau der Uni am neuen Standort.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Motion 160 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion und Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion, vom 21. März 2002:
Integrationsschulung für Einbürgerungswillige

Die Motion wird separat mit dem B+A zur Integrationspolitik dem Parlament im Herbst 2005 zur Abschreibung beantragt.

2. Postulat 182 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:
Eine definitive Lösung für die Musikschule finden

Der mit der Eichhof AG bestehende Mietvertrag für die Musikschul-Unterrichtsräume konnte letztmals bis zum 31. Oktober 2008 verlängert werden. Ab diesem Datum wird dieses Musikschul-Teilzentrum einen neuen Standort haben. Im Rahmen der vom Grossen Stadtrat mit der Zustimmung zum B+A 27/2004 vom 14. Juni 2004 bewilligten Planungsarbeiten für den Kulturwerkplatz Luzern-Süd wird über die Integration der Musikschule definitiv zu entscheiden sein. Der Kreditantrag ist für 2005 geplant. Mit dem Bericht und Antrag 6/2005 vom 9. März 2005, Teilzentrum Musikschule der Stadt Luzern. Variantenfrage, wird das Postulat 182 zur Abschreibung beantragt.

3. Postulat 223 (2000–2004), Rudolf Bürgi, vom 10. April 2003:
Fussgängerstreifen beim Schweizerhofquai

Das Anliegen wurde in der Planung Schweizerhofquai berücksichtigt. Der B+A Schweizerhofquai soll dem Grossen Stadtrat in der ersten Hälfte 2005 unterbreitet werden.

4. Postulat 335 (2000–2004), Markus Boyer namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 5. Februar 2004:
Betagtenheime: Konzeptanpassungen oder Gesamterneuerungen?

Das Postulat wird separat mit dem B+A BZ Eichhof, Haus Rubin (Pflegeheim) Umbau/Sanierung, Ende Sommer dem Parlament zur Abschreibung beantragt.

5. Postulat 342 (2000–2004), Louis L. Schumacher und René Maire namens der FDP-Fraktion, vom 5. Februar 2004:

Bei der Investitionsplanung von Heimen und Alterssiedlungen sind die Betriebskosten zu berücksichtigen

Das Postulat wird separat mit dem B+A BZ Eichhof, Haus Rubin (Pflegeheim) Umbau/Sanierung, Ende Sommer dem Parlament zur Abschreibung beantragt.

6. Postulat 013 (2004–2008), Beat Züsli und Gaby Schmidt namens der SP-Fraktion, vom 4. November 2004:

Alternativen zum Standort der Musikschule im Schlachthof

Mit dem Bericht und Antrag 6/2005 vom 9. März 2005, Teilzentrum Musikschule der Stadt Luzern. Variantenfrage, wird das Postulat 13 zur Abschreibung beantragt.

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Postulat 233 (2000–2004), Walter Kissel und René Maire namens der FDP-Fraktion, vom 5. Februar 2004:
Gesamtkonzept „Psychogeriatric und Demenz in der Stadt Luzern“
2. Postulat 281 (2000–2004), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 30. September 2004:
Renovation und Neukonzeption des Richard-Wagner-Museums
3. Postulat 296 (2000–2004), René Maire, Daniel Burri und Rita Misteli namens der FDP-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Ausrichtung der Stadt Luzern als Kongress-Stadt
4. Postulat 301 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt, Katharina Hubacher und Agatha Fausch Wespe namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Quartierentwicklung für alle Quartiere der Stadt Luzern
5. Motion 305 (2000–2004), Ruedi Schmidig und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Abschlussbericht 1 zu den Verselbstständigungen: Ehemalige Städtische Werke
6. Postulat 307 (2000–2004), Andreas Moser namens der FPD-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Für ein klares Konzept und rasches Handeln des Stadtrates für den wichtigen Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof-Tribschen
7. Postulat 310 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Die Stadt beteiligt sich an den kantonalen Pilotprojekten zur „Basisstufe“
8. Postulat 312 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Luzern als Zentrum des schweizerischen Versicherungswesens
9. Motion 317 (2000–2004), Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Ein ganzheitliches und nachhaltiges Konzept für die Drogenpolitik in der Stadt Luzern

10. Motion 318 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 30. September 2004:
Einbürgerungen durch die Bürgerrechtskommission
11. Postulat 320 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Neugestaltung des St.-Karli-Quais prüfen
12. Postulat 321 (2000–2004), Katharina Hubacher und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Stadtbad am St.-Karli-Quai
13. Postulat 332 (2000–2004), Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Zukunftsorientierte Planung der Veloabstellplätze für die Universität Luzern
14. Postulat 344 (2000–2004), Markus Boyer namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 25. November 2004:
Investitions- und Kostenmanagement
15. Postulat 355 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Überprüfung der Abfallsammelstellen
16. Postulat 361 (2000–2004), Ruedi Schmidig namens der GB-Fraktion, vom 30. September 2004:
Mehr Sicherheit auf den Strassen rund um das St.-Karli-Schulhaus
17. Postulat 366 (2000–2004), Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 4. November 2004:
Für eine Fachstelle zur Wiedereingliederung von ausgesteuerten Sozialhilfeempfänger/innen
18. Postulat 380 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Sanierungsplanung Hallenbad Luzern
19. Postulat 381 (2000–2004), Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 27. Januar 2005:
Sanierungsmassnahmen im Tribschenbad

20. Postulat 383 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Neues Konzept für ein neues Hallenbad
21. Postulat 384 (2000–2004), Verena Zellweger namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 24. Juni 2004:
Umgehende Planung der Zweiradparkplätze bei den Universitätsprovisorien Union und Bourbaki-Panorama
22. Motion 385 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler namens der Baukommission, vom 24. Februar 2005:
Räumliche Stadtentwicklung
23. Motion 394 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 24. Februar 2005:
Planungsbericht zur Neuorganisation der Schulpflege
24. Postulat 026 (2004–2008), Viktor Rüegg, vom 27. Januar 2005:
Freie Arztwahl für Betagte in Wohn- und Pflegeheimen

Anhang 4

zu B+A 11/2005 Abschreibung von Motionen und Postulaten

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11/2005 vom 13. April 2005 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und Postulate gemäss I. Ziffern 1, 3, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 15, 19, 20 und Postulat 311 gemäss Anhang 1 Ziffer 6 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II. Ziffern 1–17 wird um 1 Jahr verlängert.

Luzern, 30. Juni 2005

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern

Bruno Heutschy
Ratspräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber